

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Donnerstag, 24. Oktober 1925, Halle (S.), Sonnabend, 24. Oktober 1925, 1. Jahrgang

## Mistransuansanträge gegen Severing abgelehnt? Das Reichstabinett für Locarno.

„Ne varietur.“

### Polizeistunde und Stockerlaß.

Aus der Landtagsrede des Ministers Severing über Polizeifragen.

In Locarno ist endlich der Friede geschlossen worden, der Welt seit elf Jahren so heiß erheißt hat. Der eigentliche Friedensvertrag nach dem entsetzlichen aller Kriege wird in der Geschichte nicht nach dem historischen und prunkhaften Verfall, sondern nach dem ionnigen, köstlichen Schweizer Städtchen seinen Namen führen. Viefleicht hat die Stochholmer Westfirdenkonferenz die Atmosphäre des Vertrauens und der Verfassung mitgeschaffen, die in Locarno geherrscht und alle Hindernisse beseitigt hat. „Von dieser Konferenz wird für Europa ein Frieden ausgehen, der nicht ein äußerlicher Frieden, sondern ein von allen als ein gemeinsames Wert empfundener Frieden ist“, so prophezeite

**Chamberlain beim Journaltistenbankett**

fürz vor Abschluß der Konferenz.

Der Vertrag von Locarno ist nun aber nur der Rahmen, in dem der neue europäische Geist wirken soll. „Die noch bestehenden Schwierigkeiten müssen beigelegt werden“, meinte Chamberlain in der Schlußrede. „Ich bin gewiß, daß Frankreich die ganze Tragweite dieses Paktes erfährt, und daß es alles tun wird, was in seiner Macht steht, damit daraus zusetzen uns ein Gefühl der Verbrüderung und der Entpannung herbeizog.“ Wir sind dem französischen Außenminister dankbar für den Bericht auf die französische Garantieierung der Ostverträge und erkennen dies als Beweis wirklichen Verbrüderungswillens an. Diese Gesinnung gibt uns die Gewißheit, daß die noch bestehenden ersten Fragen, betreffend vor allem

Am vorigen Sonnabend hielt der preussische Innenminister Severing im Landtag über verschiedene Fragen der Polizei eine Rede, aus der der Amtliche Preussische Pressedienst das Folgende wiedergibt:

In der Debatte ist davon die Rede gewesen, daß die vertriebsdienartigen Verlungen in der Provinz gehobt habe. Dazu möchte ich folgendes sagen: Diese Verlungen haben den Behörden die Landräger begünstigt, nicht allein deshalb, weil die Verlungen geringes geworden ist, daß bei einem Zusammenstoß der Rechte und Pflichten die Verhandlungen vorankommen könnten, sondern auch weil die Beamten sehr mit größerer Aussicht auf Erfolg in der Lage sind, gegen die Vertriebsdien vorzugehen, wenn diese Anstände machen, gegeneinander zu marschieren. Wenn 300 oder 400 junge Leute mit Stöcken bewaffnet oder vielleicht auch nur 10 oder 12 Kenner gegen einen Landräger vorgehen, ist dieser nicht in der Lage, mit Erfolg seine amtlichen Funktionen wahrzunehmen. Dadurch, daß die Vertriebsdien jetzt erloschen sind — wenn ich so sagen darf — ist es viel leichter, der Autorität des Landrägers auch Massen von 200 bis 300 gegenüber Geltung zu verschaffen. Ich denke deshalb nicht daran, den Stockerlaß aufzuheben. Wenn vielleicht „Stoß“ noch durch „Gummimüppel“ und „Schlagring“ ergänzt werden muß, bin ich gern bereit, den Erlass daraufhin noch einmal nachzuprüfen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich vielleicht auch ein Wort zu der

**Polizeistunde**

sagen. In den nächsten Tagen werden in Berlin Erleichterungen bei der Tauscherlaubnis durchgeführt. Ich will gern den Wünschen der Saalbester entgegenkommen und auch die im Jahre 1923 gefasste Abgabe für Polizeistunden, die heute drückend empfunden wird, zur Aufhebung bringen. Aber wenn wir die wirtschaftlichen Verhältnisse in West- und Ostpreußen, aber auch in der Zentrale Preußens berücksichtigen, dann glaube ich, wird es keinen Innenminister geben, der heute einer Verlängerung der Polizeistunde das Wort reden kann. Jedenfalls könnte ich heute einer Verlängerung nicht zustimmen. Gegenüber dem Einwand, daß Berlin infolge seiner Einwohnerzahl

und seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung eine Ausnahmestellung rechtfertigt, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in den Provinzen mit Anzügen darauf gesehen wird, was auf diesem Gebiete in Berlin geschieht. Wenn wir in Berlin eine Lockerung eintreten lassen, dann werden Befürworter der größeren Provinzhäute folgen, und dann würde sich das Schaulpiel ergeben, daß in einem Winter unteres Ostpreußens, der Kontrast bestünde, daß einige wenige bis in die größten Nachtdünen hinein sich amüsieren, während der größte Teil der Bevölkerung die Sorge hat, wie er sich und die Seinen durchbringt.

Wenn hier von Erpannissen im Polizeibereich gesprochen werden ist, so darf ich dazu sagen: Die Sparjamkeit in allen Ehren! Auch ich bin bemüht zu sparen. Solange wir aber die wirtschaftliche und politische Konsolidierung Preußens und Deutschlands noch nicht erreicht haben, solange noch von links und rechts Organisationen nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Substanz des Staates anzutasten suchen, solange wäre

**Sparjamkeit bei der Polizei**

die allererwünschte und allerwertmögliche Sparjamkeit. Aber darin stimme ich durchaus zu: Auf die Dauer kann Preußen sich den Luxus — es ist ein sehr angemessener Luxus — einer so starken Polizei nicht gehalten, und ich bin deswegen, soweit es die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zulassen, gern bereit, mit den Herren Finanzminister zu überlegen, wie allmählich eine Reduzierung eintreten kann. Solange wir aber — und besonders wir im Innenministerium — der Auffassung sind, daß wir in Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse mit einer Reduzierung der Polizeistunden nicht rechnen können würden, solange wird es bei dem heutigen Polizeibestand und bei der heutigen Polizeiorganisation bleiben.

Auf eine Bemerkung des Abg. Meppenthien erklärte der Minister, daß der ganze Streit über die Frage der Gemüter nicht so erregend würde, wenn die Schwarz-rot-goldene Fahne von den Rechtsorganisations mehr geachtet würde und es nicht zur Gewohnheit geworden wäre, diese Fahne in unerhörter Weise herabzuliegen.

die Räumung Köln und die Erleichterungen in der übrigen Rheinlandbesatzung, vor der Umarbeitung der Verträge in für Deutschland günstigen Sinne sich lösen werden.

Ein italienisches Blatt meint, in Locarno werde eine neue Völkerrechtsära beginnen. Das Fundament dieses Gebäudes ist jedoch nicht erst in Locarno gelegt worden, an den Grundmauern haben seit 6 Jahren republikanischer Männer gearbeitet; ich nenne nur den Einen, Unvergessen und Unersetzlichen

**Walliser Nationalrat**

Er hat sein Leben für das Wort geopfert, an dessen Fortsetzung heute diese Partei, wenn auch widerwillig, mitarbeitet, deren Irrefühler Hege Nationalrat damals erlag. Jetzt führen die Vorkämpfer in gleicher Weise gegen den heutigen deutschen Reichsaußenminister; so schreibt der „Walliser Beobachter“: „Ein Mensch, der an Stresemanns Stelle für Frankreich etwas ähnliches unterschrieben hätte, wäre nach seiner Rückkunft nach Paris wie ein Hund erschlagen worden.“

Die Gerechtfertigkeit gebietet, daß wir heute auch des Führers der deutschen Delegation in Versailles dankbar gedenken, der uns dort so überaus würdig vertreten hat: **des Grafen Brockdorff-Ransau**,

dessen „Dokumente“ übrigens gerade in diesem Augenblicke in dritter Auflage erscheinen sind. Damals hatte er und hatte die Demokratische Partei ohne viele große Worte die Grenze bezeichnet, über die hinausgehen sie sich weigerten; da sie überschritten wurde, sagen sie die Fortsetzer und traten aus der Regierung aus. Die D. M. P. aber hat in unangenehm hohem Maße ihren Boden und Positionen für Locarno Behauptungen gestellt, die unsere Delegationen unmöglich durchsetzen konnten; allein, man wird vergebens darauf warten, daß diese „nationalen“ Parteien nimmermehr auch die einzig denkbare Konsequenz zieht und aus der Regierung austritt. Vor einer Woche noch hat

bezeichnete es zwar soeben als unverträglich, daß eine Regierung, in der auch die Deutschnationalen lägen, solche Schmach auf sich nehmen möge. Die Deutschnationalen würden die nötigen Folgen daraus ziehen! (Aber übrigens wandte sich der Herr Farnet bei dieser Gelegenheit auch gegen den Passivus im, welches Wort er haßte!) Der deutschnationalen Landesverband hat nun kein Wort zu Locarno ein entscheidendes Wort entgegen!“ — Und so wird es noch manchen Theaterdonner geben. Die „Kreuzzeitung“ beginnt jetzt wieder das bekannte Schauspielmotiv: „Aber noch ist ja das letzte Wort nicht gesprochen.“ Die Herrschaften müssen sich indessen darüber klar sein, daß es bei dem Vertrag nur zweierlei gibt:

**Ausnehmen oder ablehnen.**

Änderungen sind ausgeschlossen; der Vertrag steht unter der Bedingung: „Ne varietur!“

Dieses Wort gilt auch einer anderen Domäne: in Preußen. Die Deutschnationalen haben anscheinend allmählich die Hoffnung aufgegeben, die ganze preussische Regierung zu führen. Nun haben sie wieder einmal ein

**Landtagsauslösung und Neuwahl!**

Die preussische Regierung denkt gar nicht daran, sich diesen herangehenden Mann aus ihrem Kreise herauszubringen zu lassen. Auch hier gibt es nur ein „Entweder — Oder“, keine einzelnen Änderungen. Auch hier gilt der Satz: *Ne varietur!* J. M. D.

**Bekenntnisschule und Lehrer.**

Die nachfolgenden Darlegungen sind den Aufsatz „Religion und Bekenntnisschule“ entnommen, den Gertraud Bäumer in der „B.Z.“ veröffentlicht.

Die Anhänger der konfessionellen Schule wissen ganz genau, daß eine Lehrerschaft, die der konfessionellen Schule als der Normalschule Leben geben konnte, einfach nicht existiert. Ein wie großer Prozentfuß der Lehrerschaft steht auf dem Boden der Konfessionsschule, die den gesamten Unterricht im Geiste des Bekenntnisses erteilt? Auch diese Lehrerschaft ist durch konfessionelle Seminare gegangen. Aber es ist eben „ein freies Volk und den Glauben, dazu man niemand dazu zwingen“. Auch die religiöse Haltung der Lehrerschaft wäre eine andere, wenn ihre religiöse Bildung härter im Zeichen der inneren Freiheit sich vollzogen hätte. Die Partei der Konfessionsschule mende das religiöse geradezu töbliche und durch und durch unwürdige Mittel an, den Lehrer, der nicht imstande ist,

seinen Getreuen die Lippe seiner Forderungen vorgetragen. allgemeine Abklärung, sofortige Freigabe des ganzen Rheinlandes und des Saargebietes, nachmalige und diesmal erfolgreiche Zurückweisung der Verfallener Kriegsschuldsche und noch einiges dazu.

„Nede einigene dieles Fragen muß voll erhalten sein, wenn das Vertragswerk zustande kommen soll.“

Die „Kreuzzeitung“ erklärte noch oben, wenn sich bei Prüfung des Vertragswerkes die von ihnen gezeichnete Grenze als überschritten herausstelte, gebe es nur zwei Entscheidungen: „entweder müssen die Deutschnationalen die Ablehnung des paraphierten Vertrages im Kabinett durchgehen, oder sie müssen ihrerseits die Verantwortlichkeit ablehnen und

**aus der Regierung aussteigen.“**

Diese Alternative erscheint auch uns als selbstverständlich, wenigstens für jede Partei, die noch einen Funken von

eingebracht, und in treuer Gefolgschaft die D. P. und die Vorkämpfer besiegeln. Wenn sie nur den vorläufigen Innenminister fürgen könnten, dann würden sie das übrige Ministerium schließlich ertzen. Im Augenblicke, da diese Zeiten differt werden, findet im preussischen Landtage die Abkündigung über die Mistransuansachen statt. Es ist sicher anzunehmen, daß sie abgelehnt werden. Denn, wie

aus der Regierung aussteigen.“ Diese Alternative erscheint auch uns als selbstverständlich, wenigstens für jede Partei, die noch einen Funken von





## Beamtensragen

### Die Aufhebung des Wahlrechts für die Beamten.

Die Vertreter der Großindustrie, der Großlandwirtschaft und der Hochfinanz, in den Reichsparteien der Parlamente sind bestrebt, durch den Reichstag die Aufhebung des Wahlrechts für die Beamten zu erwirken, indem sie die Beamten als „unabhängig“ von den Interessen des Volks betrachten, während die Arbeiterpartei die Beamten als „abhängig“ von den Interessen des Volks betrachtet. Die Beamtenpartei ist bestrebt, die Aufhebung des Wahlrechts zu verhindern, indem sie die Beamten als „unabhängig“ von den Interessen des Volks betrachtet.

Die Demokraten wollen die Rechte der Beamten erweitern, die Reichsparteien wollen sie ihnen nehmen. Der Beamte, der deutschnational wählt, bringt sich also um sein Wahlrecht.

### Georg Bernhard's 50. Geburtstag.

Vor einigen Tagen hat der Chefredakteur der „Politischen Zeitung“, Georg Bernhard, seinen 50. Geburtstag gefeiert. Unter Waid bringt dem hervorragenden Mann, dem gelegentlich seine Geburtstagsfeier von namhafter Seite die Anerkennung zuteil wurde, daß er sich in erfolgreicher Weise für eine Vertiefung Europas eingesetzt und mit harten Temperament diese politische Richtung vertreten hat, in derselben Auffassung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche dar.

## Aus den Vereinen

### Bezirksvertreter-Tagung der Deutschen Demokratischen Partei im Regierungsbezirk Merseburg.

Der Bezirksverband der Deutschen Demokratischen Partei hielt am 18. 10. in Halle eine aus allen Kreisen des Regierungsbezirks stark besuchte Vertretertagung ab. Der Vorsitzende, Amtsleiter Renter, leitete die Verhandlungen mit einem tiefempfundenen Reduz für Professor Hugo Breuß und für den kürzlich in Kammern verstorbenen Kreisratsabgeordneten Julius Hecklau ein und begrüßte mit Dankworten den anwesenden Handelsminister Dr. Schreiber. Ueber Wirksamkeit und Aufgaben des Provinziallandtags und der Kreisräte hielten mit vielem Beifall aufgenommene Vorträge Herr Landrat Zimmermann-Weissenfels und Herr Zweite-Kammer-Präsident Cornelius-Neu Röhren. Als Ergebnis der Beratungen für die Provinziallandtags- und Kreisratswahlen beschloß der Vertretertag nach eingehender Aussprache für die Provinziallandtagswahl eine Kandidatenliste für den ganzen Regierungsbezirk unter dem Kennwort „Deutsche Demokratische Partei“ aufzustellen. Für die Kreisratswahl bleibt eine eint. Vereinbarung mit anderen Wirtschaftskruppen den einzelnen Kreisorganisationen überlassen. In hochinteressanten Ausführungen äußerte sich hierauf Herr Minister Dr. Schreiber über die allgemeine außen- und innenpolitische Lage. Niemand konnte in Abrede stellen, daß die Verhandlungen und der Ausgang der Konferenz in Locarno eine ausgesprochene Politik des Friedens darstellen. In

Preußen sei die Zeit ständiger Krisen endgültig vorbei und eine Konsolidierung der Verhältnisse und damit auch eine fruchtbarere Regierungsarbeit zu erwarten. Zur Wohnungsfrage sah die Vertretertagung einmütig eine Entschloßung, in der u. a. die Förderung einer Lösung dieser Lebensfrage des deutschen Volkes dem Parteivorstand in Berlin dringlichst empfohlen wird. Die Abhaltung eines Landesparteitages wurde für Anfang nächsten Jahres in Aussicht genommen und dann die anregend verlaufene Tagung, die der Einmütigkeit der Partei bei anderen Ausdrucks gab, geschlossen.

### Deutsche Demokratische Partei in Halle.

Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im oberen Thaliaaal

### Mitglieder-Versammlung.

Tagungsordnung:

1. Bericht vom Bezirks-Vertretertag.
2. Kommunalspolitischer Vortrag (Städtische Bauvorhaben).
3. Die Wahlen zum Provinziallandtag.

Durch Punkt 2 der Tagungsordnung ist wiederholt ausgesprochenen Wünschen, die zahlreichen Bauvorhaben der Stadt Halle einer Verbesserung zu unterziehen, Rechnung getragen. Außerdem ist eine Vereinbarung und Auffklärung über die am 29. November stattfindenden Wahlen zum Provinziallandtag dringend notwendig. Es wird deshalb erwartet, daß möglichst alle Mitglieder an der Versammlung teilnehmen. Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand.

### Wahlvorschlag

der Deutschen Demokratischen Partei im Regierungsbezirk Merseburg für die am 29. November stattfindende Provinziallandtagswahl.

1. Dr. von Krauß, Paul, Landrat in Quercy
2. Renter, Fritz, Amtsleiter, Halle a. d. S.
3. Dr. Kühnlein, Johannes, Kreisrat, Merseburg
4. Zimmermann, Arthur, Landrat in Weissenfels
5. Richter, Friedrich, Kaufmann, Bitterfeld
6. Schierwagen, Franz, Landwirt, Schönwerda-Unterl.
7. Schmid, Hans, Fabrikant, Sangerhausen
8. Krauß, Toni, Hausfrau, Raumburg-S.
9. Wimmer, Wilhelm, Obergericht, Halle a. d. S.
10. Wunderlich, Wilhelm, Rektor, Falkenberg, Bez. Halle
11. Fridt, August, Walzmeister, Palsendorf
12. Bandler, Gustav, Lehrer, Eisenh.
13. Behje, Margarete, Handlungsgehilfin, Halle a. d. S.
14. Koerlin, Kurt, Seminaroberlehrer, Merseburg
15. Kubig, Friedrich, Lehrer, Alstedt
16. Jutz, Richard, Jütl.-Ingenieur, Naumburg
17. Rohloff, Leo, Studienrat, Weissenfels
18. Görner, Carl, Wäandern-Obermaterialienverwalter a. D., Herzberg-Eiser
19. Verhold, Emil, Gastbesitzer, Tagewerben

### An unsere Freunde in Stadt und Land!

Die Bedeutung der Wahlen zum Provinziallandtag und Kreisrat reicht über die Provinz. Sie sind entscheidend für das Gedeihen unserer Partei im Landtage. Mit der demokratisch gerichteten preussischen Regierung aber

steht und fällt jede demokratische Entwicklung im Reich. Es geht also nicht bloß um die Provinz, es geht um Preußen und das Reich.

Geradezu ein politischer Akt aber wird die Provinziallandtagswahl dadurch, daß die Provinzen die Hälfte der Vertreter Preußens im Reichsrat, und daß sie selber die Mitglieder des Staatsrates zu wählen haben.

Die Demokratische Partei kämpft:

1. für eine Steuerentlastung, die die Wirtschaftsmittel freisetzt (Kampf gegen Umsatzsteuer und Einkünfte Steuer).
2. für die Freiheit der Selbstverwaltung (Kampf um den Finanzausgleich).
3. für eine einfache, von Bürokratie freie, Republikanische Verwaltung (Kampf um eine Verwaltungsreform).
4. für ein gutes Beamtenrecht.
5. für die kulturelle Förderung des Staates und Bewahrung des Religionsfriedens (Kampf gegen den Reichshulgelei).  
Wir besprechen nicht, wir halten.

Denkt an die Wahlen vom 7. Dezember und an die Vorträge der Reichsparteien!

### Wahlen kosten.

Gibt einen Beitrag für die Wahlen am 29. November. Ohne Opfer kein Erfolg. Stärkt den Wahlfonds, jeder nach seinen Kräften. Auch die kleinste Spende ist nicht totem.

Einzahlungen erheben an Bauhaus 2. Schülisch, Halle-S., Poststraße (Postfachkonto Leipzig 9923) oder in der Geschäftsstelle Leipzigstraße 21.

Während der Wahlarbeit bietet sich die beste Gelegenheit, für die Partei zu wirken. Stärkt die eigenen Reihen zum Wohle der Allgemeinheit. Jeder kann in den nächsten Wochen der Partei ein neues Mitglied zuführen.

### Deutsche Demokratische Partei.

### Deutsche Friedensgesellschaft, Halle.

Ueber das Thema „Der Pazifismus und seine Möglichkeiten“ sprach am 17. d. M. Redakteur Sabisch. Er führte etwa folgendes aus: Die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden besteht seit Altersher. Aber zur politischen Forderung wurde die Verfestigung des Krieges erst von den 48er Demokraten erhoben. Aus ihren Bestrebungen ist später der organisierte Pazifismus hervorgegangen. Bertha v. Suttner, Alfred H. Fried, Prof. Quide, Prof. Schäding u. a. zählen zu seinen Vertretern. Eine zweite Richtung des Pazifismus ist die der Kriegsdienstgegner. Diese lehnen jeden Militärdienst, überhaupt jede Unterstützung des Krieges ab. Schließlich wäre noch eine dritte Gruppe von Pazifisten zu nennen, für die die Verwirklichung des Friedens in erster Linie eine Erziehungsfrage ist. Hierher gehören die entmenschten Schulreformer und die ethischen und kirchlichen Gruppen. Die Deutsche Friedensgesellschaft will eine Zusammenfassung der Pazifisten aller Richtungen sein. Sie nennt nur ein Ziel: die Solidarität der Staaten. — Herrn Habichts Ausführungen wurden mit großem Interesse aufgenommen.

Wir machen auch an dieser Stelle auf die öffentliche Versammlung am Montag im Volkspark aufmerksam. Näheres siehe Anzeigenteil.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Grünig zu Dobna; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei; sämtlich in Halle.  
Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.



# Burghardt & Becher

Halle, Leipzigerstr. 10, parn., 1. u. 2. Etage (Fahrstuhl)

Deutschlands größtes Geschäftshaus für emailierte Haus- und Küchengeräte.

Glas, Porzellan, Steingut-, Aluminium-, Luxus-, Holz-, Leder- und Spielwaren.

Für Wiederverkäufer Sonderabteilung.

### Der Hut macht's!

Der richtigen Herrenhut finden Sie stets bei mir. Hauptpreislisten: 9<sup>50</sup> 8<sup>50</sup> 7<sup>50</sup> 5<sup>95</sup>  
Große Auswahl in Sport- und Clubmützen.  
Moritz Kofewitz,  
Halle a. S., Steinweg 7.

### Kuverts

liefert schnell und preiswert  
Hugo Alpers,  
Delitzsch, Kaiserstr. 1.

## Öffentliche Versammlung.

Montag, den 26. Oktober 1925, abends 8 Uhr, spricht im großen Saale des Volksparks

### Ministerialrat Falkenberg (Berlin)

Vorsitzender des Allg. Deutschen Beamtensbundes und Präsidialmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft über das Thema:

### „Die Arbeiterschaft und der nächste Krieg“

Friedenskartell Halle (Saale)

Deutsche Friedensgesellschaft, Reichsbund der Kriegsbekämpfenden und Hinterbliebenen, Jungsozialisten, Jugendverband, Republ. Frauenbund, Deutsche Liga für Menschenrechte.



### Schlesingersche Buchdruckerei

Halle a. S.  
Fernspr. 1405 :: Geogr. 1879

### Die gute Drucksache für jeden Zweck

prompt preiswert



Werbt neue Abonnenten!

Gebt Adressen

für kostenlose Probeleistungen auf!

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

1925

Halle (S.), Sonnabend, 24. Oktober 1925

1. Jahrgang

## Misstrauensanträge gegen Geveering abgelehnt! Das Reichskabinett für Locarno.

„Ne varietur.“

In Locarno ist endlich der Friede geschlossen worden, der Welt seit elf Jahren so heiß ersehnt hat. Der eigentliche Friedensvertrag nach dem entsetzlichsten aller Kriege wird in der Geschichte nicht nach dem historischen und prunkhaften Versailles, sondern nach dem ionischen, falkischen Schweizer Städtchen Genèva führen. Vielesleicht hat die Stocholmer Weisheitskonferenz die Atmosphäre des Vertrauens und der Verlässlichkeit mitgeschaffen, die in Locarno gefestigt und alle Hindernisse beseitigt hat. „Von dieser Konferenz wird für Europa ein Frieden ausgehen, der nicht ein äußerlicher Frieden, sondern ein von allen als ein gemeinsames Wert empfundener Frieden ist!“, so prophesiehte

Chamberlain beim Journalkongress kurz vor Abschluss der Konferenz. Der Vertrag von Locarno ist nun aber nur der Rahmen, in dem der neue europäische Geist wirken soll. Die noch bestehenden Schwierigkeiten müssen beseitigt werden, meine Friend in der Schlüsselrolle. „Ich bin gewiss, daß Frankreich die ganze Tragweite dieses Paktes erfährt, und daß es alles tun wird, was in seiner Macht steht, damit daraus zutunsten uns ein Gefühl der Verbindlichkeit und der Entspannung herorgeht.“ Wir sind dem französischen Außenminister dankbar für den Bericht auf die französische Garantieierung der Ostverträge und erkennen dies als Beweis wirklichen Verständigungswillens an. Diese Gesinnung gibt uns die Gewißheit, daß die noch bestehenden ernstlichen Fragen, betreffend vor allem

die Abrüstung Polens und die Grenzleistungen in der übrigen Arbeitsbesatzung, nur der Unterteilung der Verträge in für Deutschland günstigen Sinne sich lösen werden.

Ein italienisches Blatt meint, in Locarno werde eine neue Völkergeschichte beginnen. Das Fundament dieses Gebäudes ist jedoch nicht erst in Locarno gelegt worden, es den Grundmauern haben seit 6 Jahren republikanische Männer gearbeitet; ich nenne nur den Einen, Unvergesslichen und Unerschlichen!

Wittiger Rathenau!  
Er hat sein Leben für das Werk geopfert, an dessen Fortsetzung heute diese Partei, wenn auch widerwillig, mitarbeitet, deren Irrefühler Hege Rathenau damals erlag. Jetzt führen die Völkerverstärker in gleicher Weise gegen den heutigen deutschen Reichsaußenminister, so schreibt der „Völkische Beobachter“: „Ein Mensch, der an Stresemanns Stelle für Frankreich etwas ähnliches unterschrieben hätte, wäre nach seiner Abkunft nach Paris wie ein Hund erschlagen worden.“

Die Gerechtigkeit gebietet, daß wir heute auch des Führers der deutschen Delegation in Versailles dankbar gedenken, der uns dort so überaus würdig vertreten hat: des Grafen Brockdorff-Rantzau,

dessen „Dokumente“ übrigens gerade in diesem Augenblicke in dritter Auflage erschienen sind. Damals hatte er und hatte die Demokratische Partei ohne viele große Worte die Grenze bezeichnet, über die hinauszuweichen sie sich weigerten; da sie überschritten wurde, sogen sie die Folgerungen und traten aus der Regierung aus. Die D. M. P. aber hat in unangeführten hochtrabenden Reden und Resolutionen für Locarno Verbindungen geknüpft, die unsere Delegierten unumstößlich durchsetzen konnten; allein, man wird vergessens darafn warten, daß diese „nationalen“ Partei nimmermehr auch die einzig denkbare Konsequenz zieht und aus der Regierung austritt. Vor einer Woche noch hat

Graf Westarp seinen Getreuen die Liste seiner Forderungen vorgetragen: allgemeine Abrüstung, sofortige Freigabe des ganzen Rheinlandes und des Saargebietes, nochmalige und diesmal erfolgreiche Zurückweisung der Verfallener Kriegsschuldfrage und noch einiges dazu.

Rede einzelne dieser Forderungen muß voll erfüllt sein, wenn das Vertragswerk zustande kommen soll. Die „Kreuz-Zeitung“ erklärte noch einmal, wenn sich bei Prüfung des Vertragswerkes die von ihnen gezeigte Grenze als überschritten herausstelle, gebe sie nur zweierlei: „entweder müssen die Deutschnationalen die Ablehnung des parapiertierten Vertrages im Kabinett durchführen, oder sie müssen ihrerseits die Verantwortung abgeben und

aus der Regierung aussteigen.“ Diese Alternative erscheint auch uns als selbstverständlich, wenigstens für jede Partei, die noch einen Funken von

## Polizeistunde und Stockerlaß.

Aus der Landtagrede des Ministers Geveering über Polizeifragen.

Am vorigen Sonnabend hielt der preussische Innenminister Geveering im Landtag über verschiedene Fragen der Polizei eine Rede, aus der der Amtliche Preussische Pressebericht das Folgende wiedergibt:

In der Debatte ist davon die Rede gewesen, daß der Stockerlaß die verheißendartigsten Wirkungen in der Provinz gehabt habe. Dazu möchte ich folgendes sagen: Diesen Erfolg haben besonders die Landräger begrüßt, nicht allein deshalb, weil die Gebühr geringer geworden ist, daß bei einem Zusammenfall der Rechts- und Finanzverhältnisse Mißhandlungen vorkommen könnten, sondern auch weil die Beamten jetzt mit größerer Aussicht auf Erfolg in der Lage sind, gegen die Weberheinde vorzugehen, wenn diese Anstände machen, gegeneinander zu marschieren. Wenn 300 oder 400 junge Leute mit Stöcken bewaffnet oder vielleicht auch nur 10 oder 12 Rentner gegen einen Landräger vorgehen, ist dieser nicht in der Lage, mit Erfolg seine amtlichen Funktionen wahrzunehmen. Dadurch, daß die Leute jetzt entwaffnet sind — wenn ich so sagen darf — ist es viel leichter, der Autorität des Landjägers auch Waffen von 200 bis 300 gegenüber Geltung zu verschaffen. Ich denke deshalb nicht daran, den Stockerlaß aufzuheben. Wenn vielleicht „Stod“ noch durch „Gummihüffel“ und „Schläger“ ergänzt werden muß, bin ich gern bereit, den Erlaß daraufhin noch einmal nachzuprüfen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich vielleicht auch

Polizeikunde sagen. In den nächsten Tagen werden in Berlin Erörterungen bei der Tanzlerlaubnis durchgeführt. Ich gern den Wünschen der Saalbesitzer entgegenkommen und die im Jahre 1923 gestaffelte Abgabe für Polizeifragen, die heute drückend empfunden wird, zur Aufhebung bringen. Aber wenn wir die wirtschaftlichen Verhältnisse in West- und Ost-Pr., aber auch in der Zentrale berücksichtigen, dann, glaube ich, wird es keinen Minister geben, der heute einer Verlängerung der geltend gemachten Wort reden kann; jedenfalls könnte heute einer Verlängerung nicht zustimmen. Gegen dem Einwand, daß Berlin infolge seiner Einwohnerzunahme die Deutsche Nationalen werden sowohl Reichskabinett, wie im Auswärtigen Amt, wie für sich auch im Reichstage umfallen und dem Verträge gehen. Schon schwenken ihre Zeilungen um: „Alles in dem wir stehen am Anfang einer neuen Entwicklung“, he

Heer Traub bezeichnete es zwar soeben als unerträglich, daß Regierung, in der auch die Deutschnationalen lägen, es sich auf sich nehmen wolle. Die Deutschnationalen würden die nötigen Folgerungen daraus ziehen (Nebstins wachte sich der Herr Farrer bei dieser Gelegenheit auch gegen den Passivismus, welches Wort er haßte!) Der deutschnationale Landesverband Hameln zeigt, dem Wert von Locarno ein entsehendes Klein entgegen! — und so wird es noch manchen Ekkentronner geben. Die „Kreuz-Zeitung“ beginnt jetzt wieder das bekannte Schaufeldmanöver. Aber noch ist ja das letzte Wort nicht gesprochen. Die Herrschaften müssen sich indessen darüber klar sein, daß es bei dem Vertrag nur zweierlei gibt:

Entweder werden die Deutschnationalen in der Regierung aus geschlossen, der Vertrag steht unter dem Besige: „Ne varietur.“ Dieses Wort gilt auch einer anderen Domäne: in Preußen. Die Deutschnationalen haben anscheinend allmählich die Hoffnung aufgegeben, die ganze preussische Regierung zu führen. Nun haben sie wieder einmal ein Misstrauensvotum gegen Geveering

eingebracht, und in treuer Gefolgschaft die D. M. P. und die Völkerverstärker begleitet. Wenn sie nur den nächsten Inneminister wählen könnten, dann würden sie das übrige Ministerium schließlich erzwingen. Im Augenblicke, da diese Zeilen druckt, werden in der preussischen Landtag die Ablehnung über die Misstrauensvoten statt. Es ist sicher anzunehmen, daß sie abgelehnt werden. Denn, wie

und seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung eine Ausschmückung nachteilig, mache ich darauf aufmerksam, daß in der Provinz mit Aussagen darauf gesehen wird, was auf diesem Gebiete in Berlin geschieht. Wenn wir in Berlin eine Lockerung eintreten lassen, dann werden Beratungen der größten Provinzstädte folgen, und dann würde sich das Schauspiel ergeben, daß in einem Winter unteres Mißvertragens, der Kontrast bestünde, daß einige wenige bis in die frühen Nachstunden hinein sich amüßerten, während der größte Teil der Bevölkerung die Sorge hat, wie er sich und die Seinen durchbringt.

Wenn hier von Erparnissen im Polizeietat gesprochen worden ist, so darf ich dazu sagen: Die Sparjamkeit in allen Ehren! Auch ich bin bemüht zu sparen. Solange wir aber die wirtschaftliche und politische Konsolidierung Preußens und Deutschlands noch nicht erreicht haben, solange noch von links und rechts Organisationen nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Substanz des Staates anzutasten suchen, solange wäre

Sparjamkeit bei der Polizei die allererzeugte und allerunwertmäßigste Sparjamkeit. Aber darin stimme ich durchaus zu: Auf die Dauer kann Preußen sich den Luxus — es ist ein sehr ungezogenem Luxus — einer so starken Polizei nicht leisten, und ich bin deswegen, soweit es die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zulaßt, gern bereit, mit den Herren Finanzmännern eine Reduzierung der — und besonders ihrer — Abschaffung sind, daß wir in den politischen Verhältnissen zurechtfinden und nur die besten Polizeiverhältnisse für den heutigen Tag festlegen können.

Abg. Meinentien erklärte freilich über die Forderungen, wenn die den Rechtsorganisationen auf der Gesamtheit gemordeter Weise herabzusetzen.

Ich ausdrückte, der bismarckianischen Kartenspiel, Kommunisten haben den Geist gekündigt und wollen niemand wird bei dieser haben, als die Deutschnationalen, wie Wahlen. Und in angenommenes Misstrauen gleichbedeutend mit Neumaßnahmen!

entgelt gar nicht daran, sich durch notwendige Maßnahmen aus ihrem Kreis herausbrechen zu lassen. Auch hier gibt es nur ein „Entweder — Oder“, keine einzelnen Abänderungen. Auch hier gilt der Satz: Ne varietur!

J. M. D.

## Bekennerschule und Lehrer.

Die nachfolgenden Darlegungen sind dem Aufsatz „Religion und Bekennerschule“ entnommen, den Gertrud Bäumer in der „Sitz“ veröffentlicht.

Die Anhänger der konfessionellen Schule wissen ganz genau, daß eine Lehrerenschaft, die der konfessionellen Schule als der Normalschule Leben geben konnte, einfach nicht existiert. Ein wie großer Prozenz der Lehrerenschaft steht auf dem Boden der Konfessionsschule, die den gesamten Unterricht im Geist des Bekenntnisses erteilt? Auch diese Lehrerenschaft ist durch konfessionelle Seminare gegangen. Aber es ist eben „ein freier Volk um den Glauben, dann man niemand kann zwingen“. Auch die religiöse Haltung der Lehrerenschaft wäre eine andere, wenn ihre religiöse Bildung stärker im Zeichen der inneren Freiheit sich vollziehen hätte. Die Partei der Konfessionsschule wendet das religiöse geradezu fidele und durch und durch unabweisliche Mittel an, den Lehrer, der nicht imstande ist,